

# Adieu Frühfranzösisch

**Bildung** Der Thurgauer Grosse Rat hat gestern eine Motion zur Abschaffung des Französischunterrichts an der Primarschule gutgeheissen. Dadurch soll die Sprache in allen Ostschweizer Kantonen künftig nur noch in der Oberstufe unterrichtet werden.

Silvan Meile

Das Thurgauer Parlament beauftragte die Regierung nach langer Diskussion mit 71 Ja- zu 48 Nein-Stimmen, eine gesetzliche Grundlage auszuarbeiten. Französisch soll künftig erst ab der Oberstufe unterrichtet werden – und nicht wie heute bereits ab der 5. Klasse.

Der Sprecher der Motionäre aus der Mitte/EVP-Fraktion sprach von einem «Millionenprojekt mit bescheidenem Erfolg». Lehrpersonen der Primarstufe würden längst darauf hinweisen, dass aufgrund der zahlreichen verlangten Kompetenzen im Lehrplan viele Themen nur oberflächlich behandelt werden könnten. Auch deshalb fielen die Französischkenntnisse der Schülerinnen und Schüler am Ende der Primarschulzeit oft nur bescheiden aus.

## Ein Déjà-vu im Kanton Thurgau

Die Regierung lehnte die Motion ab. Es gehe nicht um irgendeine Fremdsprache, sondern um eine Landessprache, rief Bildungsdirektorin Denise Neuweiler (SVP) in Erinnerung. Die Willensnation gründe auch auf gegenseitigem Verständnis. Obwohl sich zahlreiche Parlamentarierinnen und Parlamentarier für die Beibehaltung von Frühfranzösisch stark machten, fand die Motion eine Mehrheit. An diesem Punkt war die Thurgauer Politik bereits 2014. Damals löste der Parlamentsbeschluss jedoch ein landesweites Echo aus und sorgte für Unmut in der Romandie.

Daraufhin schaltete sich der damalige Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern, Bundesrat Alain Berset (SP), in die Diskussionen ein. Er äusserte sich klar ablehnend zu den Plänen. Unter grossem politischem Druck



Französisch-Unterricht soll es in der Ostschweiz künftig erst ab der Oberstufe geben.

Bild: KEYSTONE/Gaëtan Bally

lehnte der Thurgauer Grosse Rat 2017 das Verschieben des Französischunterrichts schliesslich doch noch ab.

Mittlerweile fehlt es dem Französischunterricht an den Primarschulen in zahlreichen Deutsch-

schweizer Kantonen an Rückhalt. Auch das St. Galler Kantonsparlament stellte im vergangenen Herbst die Weichen, um ihn aus dem Stundenplan der Primarschule zu streichen. Dasselbe geschah im Kanton Zürich.

Beide Kantone sind jedoch aktuell Mitglieder des Harmos-Konkordats. Darin wurde die Strategie einer Harmonisierung des Fremdsprachenunterrichts aufgenommen. Für jene 15 Kantone, die Mitglied des Konkordats

sind, gelten die Vorgaben als verbindlich.

## Ausserrhoden auf demselben Weg

Wie der Kanton Thurgau ist Appenzell Ausserrhoden als Nicht-

Harmos-Mitglied diesbezüglich freier in seiner Entscheidung. Bereits im vergangenen Frühling stimmte der Ausserrhoder Kantonsrat einer Motion zur Abschaffung des Französischunterrichts an der Primarschule zu.

Die Argumente glichen jenen der Thurgauer Parlamentsdebatte. Der erhoffte Erfolg von Frühfranzösisch sei ausgeblieben, argumentierten die Motionäre. Ausserdem überfordere eine zweite Fremdsprache leistungsschwache Primarschulkinder. Vielmehr solle anstelle von Frühfranzösisch-Lektionen etwa auf Fächer wie Deutsch und Mathematik in der Primarschule fokussiert werden.

Anders zeigt sich die Situation in Appenzell Innerrhoden. Dort büffeln die Schülerinnen und Schüler Französisch sowie so erst ab der Oberstufe. Frühfranzösisch wurde gar nie eingeführt.

## Affront für die Westschweiz

Hinter die Beibehaltung des frühen Französischunterrichts stellt sich die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz. An ihrer Jahresversammlung im vergangenen Herbst machte sie klar, dass ein früher Kontakt mit einer zweiten Landessprache und den sprachregionalen Kulturen der Schweiz wichtig sei.

Der Bundesrat reagierte im vergangenen Herbst ebenfalls auf die Bestrebungen in der Deutschschweiz. Er wolle den Unterricht einer zweiten Landessprache in der Primarschule wenn nötig durchsetzen, gab er Mitte September bekannt. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP) bezeichnete die Abschaffung des Frühfranzösischunterrichts als Affront für die Westschweiz.

## Grögli bezieht Bischofshaus

**St. Gallen** Bischof Beat Grögli hat die renovierten Räume des Bischofshauses im Stiftsbezirk mitten in der Stadt St. Gallen bezogen. Die Arbeiten dauerten acht Monate. Der Kredit von 2,1 Millionen Franken könne eingehalten werden, teilte das Bistum St. Gallen mit. Im vergangenen Sommer wurde Beat Grögli zum zwölften Bischof von St. Gallen gewählt. Er folgte auf Bischof Markus Büchel, der seit 2006 im Amt war und dem Papst seinen Rücktritt anbot.

In dieser Woche bezog Grögli nun das Bischofshaus. Er bewohnt ein 2,5-Zimmer-Studio unter dem Dach, schrieb das Bistum. Das Gebäude sei umfassend renoviert worden. Seit der Gründung des Bistums St. Gallen im Jahr 1847 wird es als Bischofssitz genutzt. Zeitplan und Kostendach seien eingehalten worden. Die Kosten von 2,1 Millionen Franken würden sich relativieren, da insgesamt 860 Quadratmeter betroffen seien. Die letzten umfassenden Arbeiten seien in den 1950er Jahren erfolgt. (sda)

## Innerrhoden gibt sensible Daten aus der Hand

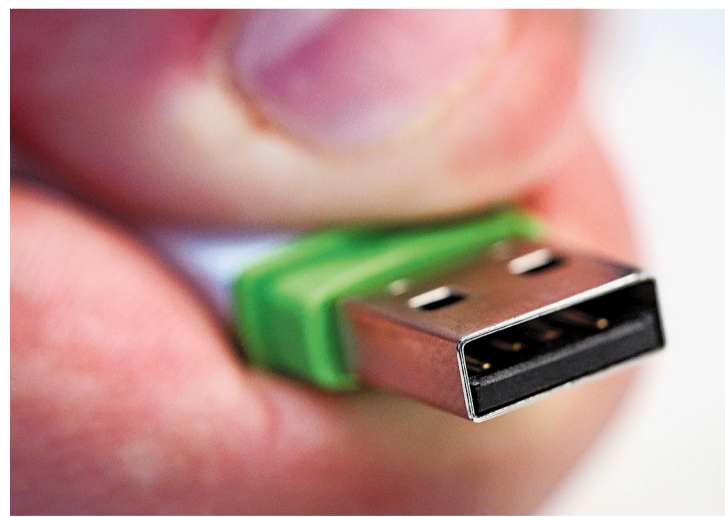
**Panne** Ein Mitarbeiter der Verwaltung hat versehentlich einen USB-Stick mit schützenswerten Daten an einen Journalisten der «Appenzeller Zeitung» abgegeben.

Silvan Meile

Der Vorfall ereignete sich an der Präsentation der Staatsrechnung, wie der Kanton Appenzell Innerrhoden gestern in einer Mitteilung schrieb. Dabei gab ein Mitarbeiter der Verwaltung auch einen USB-Stick mit einer PowerPoint-Präsentation ab.

Vorsehentlich wurde dabei ein USB-Stick mit schützenswerten Personendaten an einen Journalisten abgegeben. Darauf waren laut Mitteilung unter anderem Daten über Inkasso, Bildung, Personal und polizeiliche Massnahmen enthalten. «Dazu zählen Informationen zu Personen mit finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Kanton.»

Die «Appenzeller Zeitung» berichtet in ihrer Ausgabe von gestern, sie sei durch diese Datenpanne des Kantons an mehr als 150 Dokumente gelangt. Darin seien Informationen über Löhne, Betreibungen oder Per-



Auf einem USB-Stick tauchten teils hochsensible Informationen wie Löhne und Schulden auf.

Bild: KEYSTONE/DPA/Ole Spata

sonen, die der Kanton auf die Fahndungsliste der Polizei setzte, enthalten. Ausserdem seien auf 159 Seiten etwa Firmen, Privatpersonen und Behörden aufgelistet, die dem Kanton gesamt-

haft 2,7 Millionen Franken schulden würden. Eine andere Liste enthalte Namen und Wohnadressen der Studierenden, die vom Kanton ein Darlehen beziehen.

Die Daten seien für die externe Revisionsstelle erstellt worden, schrieb der Kanton in seiner Mitteilung. Da diese aus Datenschutzgründen keinen Zugriff auf das kantonale Netzwerk habe, erfolge die Datenübergabe über einen Datenträger.

Der Kanton habe den Datenträger nach kurzer Zeit zurückgehalten. In der Mitteilung hiess es: «Das Medienunternehmen hat bestätigt, dass keine Daten kopiert, gespeichert oder weitergegeben wurden.»

Der Vorfall sei auf menschliches Fehlverhalten zurückzuführen. Die Innerrhoder Regierung beabsichtige, den fehlbaren Mitarbeiter unter Androhung einer Kündigung im Wiederholungsfall zu ermahnen und ihm rechtliches Gehör zu gewähren. Dies bestätigte der Kanton Appenzell Innerrhoden auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA und versicherte, dass es sich nicht um einen 1. April-Scherz handle.

## Grosse Gefahren im Alpstein

**Appenzell** Das Wandern im Alpstein sei während der Ostertage wegen des vielen Neuschnees «besonders tückisch». Es werde dringend davon abgeraten, heisst es gestern in einem Aufruf von Polizei, Bezirksbehörden, Rettungsstation und Tourismusorganisation. Im Alpstein sei während der letzten Tage viel Neuschnee gefallen. Die Lawinengefahrenstufe werde derzeit als «erheblich» eingestuft. Das sei «kein Aprilscherz», heisst es ausdrücklich in der Mitteilung der Innerrhoder Kantonspolizei. Es sei jederzeit mit Lawineneidergängen zu rechnen, die bis ins Tal vordringen könnten.

Das angekündigte schöne Wetter über die kommenden Ostertage werde viele Erholungssuchende zu Wanderungen im Alpstein verleiten. Die Polizei, die Bezirksbehörden, die Rettungsstation Appenzell und die Tourismusorganisation warnen nun «vor den derzeitigen alpinen Gefahren und raten eindringlich von Aktivitäten im Alpstein ab». (sda)